

Subventioniertes Sparen - In der Rentenpolitik werden die ehernen Grundsätze gesunder Haushaltspolitik über Bord geworfen

von

Heiner Flassbeck

(Financial Times Deutschland, 9. 12. 2000)

Der Konsens in der deutschen Rentenreformdebatte ist nah. Alle sind sich mit dem Arbeitsminister einig, daß mehr private Vorsorge betrieben werden muß, soll die Rente auch in Zukunft sicher sein. Der Finanzminister ist bereit, mit Milliardensummen privates Sparen zu subventionieren. Vier Prozent ihres Einkommens sollen die Arbeitnehmer in Zukunft zusätzlich zu den Rentenbeiträgen zurücklegen, um für ihre Alterssicherung angemessen vorzusorgen. Erstaunlicherweise spricht aber niemand davon, wieviel der durchschnittliche Arbeitnehmer am Ende insgesamt sparen müßte, um dem Vorsorgegedanken Rechnung zu tragen. Wenn die ganze Philosophie des Ansparens einen Sinn machen soll, dann darf es Finanz- und Arbeitsminister doch auf keinen Fall gleichgültig sein, ob die Arbeitnehmer in Zukunft 10 % ihres Einkommens sparen oder 14 % - einschließlich der subventionierten 4 % natürlich. Die schon bisher ohne Subventionen realisierte Sparquote der privaten Haushalte aber ist ein bewegliches Ziel. Wer jetzt nicht sagt, welche Sparquote er am Ende erreichen will, sagt in Wirklichkeit gar nichts.

Anfang der 90er Jahre lag die freiwillig realisierte Ersparnis aller privaten Haushalte bei 13 % des Einkommens. Die Haushalte der Selbständigen mit höherem Einkommen dürften eher 20 % auf die hohe Kante gelegt haben, die Arbeitnehmer im Durchschnitt kaum über 10 %. Die Sparquote insgesamt ist aber keine Naturkonstante. Von 13 % im Jahre 1991 sank die private freiwillige Ersparnis Jahr für Jahr und wird im Jahr 2000 nur noch bei knapp 10 % des Einkommens liegen. Über die Verteilung dieser Veränderung auf Arbeitnehmer und Selbständige gibt es zwar keine exakten Statistiken, vieles spricht aber dafür, daß gerade die Arbeitnehmer angesichts stagnierender oder sogar sinkender Nettoeinkommen ihren privaten Verbrauch mit Hilfe einer geringeren Ersparnis aufrechterhalten haben. In der Philosophie der Rentenreformer heißt das, daß allein im letzten Jahrzehnt die private Vorsorge um 3 Prozentpunkte abgebaut wurde. Bei den Arbeitnehmern allein sind es mit Sicherheit mehr als 4 Punkte gewesen.

Wenn der Arbeitsminister den Finanzminister nun davon überzeugt, 4 Prozent der Ersparnis der Arbeitnehmer hoch zu subventionieren, was meint er damit und was will er erreichen? Sollen die Arbeitnehmer ihre Sparquote wieder auf das Niveau von 1991 anheben? Was wäre damit gewonnen? Wieso bietet die Rückkehr zum freiwillig und ohne jede Subvention realisierten Niveau der Ersparnis von 1991 eine angemessene Vorsorge gegen die Überalterung in 2030. Das wäre jedoch noch der beste Fall. Was aber tut der Arbeitsminister, wenn die Arbeitnehmer die Sparquote auf dem jetzigen niedrigen Niveau von 10 % halten und lediglich 4 Prozentpunkte davon als zu subventionierende Ersparnis deklarieren? Dann gibt es keinerlei Vorsorge, aber eine sinnlose Subvention. Doch selbst den schlimmsten Fall kann man mit der derzeit vorgesehenen Konstruktion nicht verhindern: Stellen wir uns einmal vor, die Sparquote sinkt im gleichen Tempo weiter wie in den letzten 10 Jahren. Dann liegt sie 2010 nur noch bei 6 %, wovon 4 Prozentpunkte subventioniert werden als „Vorsorge gegen die 2030 drohende Überalterung der Gesellschaft“.

Arme zukünftige Generationen, weniger Vorsorge war nie, aber die Subventionen für die Vorsorge, die sie mit ihren Steuern bezahlen, fließen kräftig. „Mitnahmeeffekte“ nennt man das in anderen Bereichen üblicherweise und hat sich alles Mögliche ausgedacht, um diese Art Mißbrauch von Subventionen zu vermeiden. Vollständig gelingen kann das zwar niemals, aber so leicht wie bei der Rentenreform wurde es „Mitnehmern“ der Subventionen bisher noch nie gemacht. Da wird der Rechnungshof in ein paar Jahrzehnten ganz schön ins Schwitzen kommen, um den Erfolg oder die Unbedenklichkeit der Subvention zu bescheinigen. In anderen Bereichen würde schon heute Zeter und Mordio geschrien. Man stelle sich einmal vor, der Landwirtschaftsminister wollte den Weizenanbau zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung durch Zuschüsse fördern, weil die Produktion von Weizen ständig zurückgeht. Die einzige Auflage aber, die er den Weizenbauern machte, wäre die Verpflichtung, in Zukunft 5 % „mehr“ Weizen anzubauen, ohne zu sagen, an welcher Produktionsmenge gemessen die 5 % zu errechnen sind.

Da bleibt uns nur der Trost, daß das gesamte Konzept der Rentenreform ohnehin nicht taugt. Gesamtwirtschaftlich betrachtet gibt es nämlich überhaupt kein Sparen im Sinne des guten Hausvaters, sondern nur Investieren als Vorsorge. Und - wie das Beispiel der USA zeigt (FTD vom 10. 8. 2000) - von den Unternehmen kann viel investiert werden, wenn die privaten Haushalte ganz wenig oder überhaupt nicht sparen. Die Subventionierung des Sparens macht das freilich nicht besser, es erleichtert aber die Arbeit des Rechnungshofes, wenn von vornherein klar ist, daß der Staat Geld für ein Ziel ausgegeben hat, das er - anders als beim Anbau von Weizen - ohnehin nicht erreichen konnte.